

Bundesverband BI gegen SuedLink | Im Graben 5 | 36151 Burghaun

Bundesnetzagentur  
Netzausbau  
Postfach 8001  
53105 Bonn

Per E-Mail an: [info@netzausbau.de](mailto:info@netzausbau.de)

Burghaun, 2020-05-05

## **Beschleunigte Verfahren durch Einschränkung der Öffentlichkeitsbeteiligung**

Ungeachtet der weltweiten Corona-Krise, die nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche beeinflusst und das öffentliche Leben seit Wochen lahmlegt, hält die BNetzA uneingeschränkt am Zeitplan für die großen Netzausbauverfahren SuedLink, Südostlink, Ostbayernring, Ultranet und Juraleitung fest. Es ist offensichtlich, dass hier die Krise schamlos ausgenutzt wird, um den geplanten Netzausbau, der seit Jahren von vielen Organisationen, Experten, Initiativen und Bürgern scharf kritisiert wird, nun auch auf diesem Weg zu beschleunigen.

Zeigt sich hier das wahre Gesicht der BNetzA? Wird Bürgerbeteiligung einzig als lästiges - obwohl gesetzlich vorgeschriebenes - Übel angesehen? Wir haben schon oft die Intransparenz der Entscheidungen zum Netzausbau bemängelt. Doch mithilfe der Corona-Krise treiben ÜNB, BNetzA und BMWi die Verschleierungstaktik bezüglich der Nachvollziehbarkeit nun zur Perfektion und entledigen sich mit einem Streich der Kritik vor Ort. Bürgerveranstaltungen sind derzeit (wie praktisch) untersagt, durch Kontaktverbote können sich die Menschen nicht einmal direkt miteinander austauschen (Halleluja!)

## **Onlinebeteiligungen zum Netzausbau keine tragfähige Alternative**

Der BBgS-Vorstand war immer um einen lösungsorientierten Dialog mit Ihrer Behörde bemüht. Doch was uns zurzeit an Rückmeldungen aus den Bürgerinitiativen erreicht, lässt auch bei uns die Emotionen hochkochen. Infoveranstaltungen in den betroffenen Kommunen ersatzlos zu streichen und weitere Planungsschritte ohne Antragskonferenzen einzuleiten, ist ein Affront gegen all jene, die um konstruktive Mitsprache bemüht waren und weiterhin sind.

Obwohl viele Menschen in der derzeitigen Krise mit großen Existenzproblemen und der Umstrukturierung des Familien- und Arbeitslebens zu kämpfen haben, werden scheinheilig Onlinebeteiligungsformate angeboten, wohl wissend dass eine faire Pro-und-Contra-Diskussion unmöglich ist und letztendlich den Menschen vor Ort nichts anderes übrig bleibt, als tatenlos die Beschlüsse der BNetzA hinzunehmen.

Was sich auf den ersten Blick für Ihre Behörde als Glücksfall darzustellen scheint, wird Ihnen spätestens dann auf die Füße fallen, wenn sich immer mehr Kommunen, Vereine, Initiativen Bürger und Bürgerinnen für den Klageweg entscheiden. Denn die massive Einschränkung der

Bürgerrechte - in diesem Fall keine diskriminierungsfreie Möglichkeit der Bürgerbeteiligung bei Netzausbauverfahren - werden viele nicht mehr länger hinnehmen.

Die Festlegung eines vorläufigen Untersuchungsrahmens ohne vorherige Antragskonferenzen und dabei zusätzlich noch enge Fristen für eingehende Hinweise zu setzen ist eine Missachtung fairer Öffentlichkeitsbeteiligung. Die Rechtmäßigkeit dieser Vorgehensweise muss – und wird - noch geprüft werden. Da inzwischen auch Voruntersuchungen, bzw. Probebohrungen entlang der Vorzugstrasse der ÜNB von den Bürgern geduldet werden sollen, muss das gesamte Verfahren – mit allen anfallenden Entscheidungen der BNetzA - auf den Prüfstand gestellt werden.

Die derzeit praktizierte „Scheinbeteiligung“ bei den Netzausbau-Verfahren im Schatten von Corona lehnen wir entschieden ab und erwarten auch von der BNetzA in den Krisenmodus umzuschalten und alle Verfahren bei denen die Öffentlichkeitsbeteiligung eingeschränkt wird, bis auf Weiteres auszusetzen.

### **Nach der Krise ist vor der Krise!**

Deutschland steht vor großen Herausforderungen und die Politik steht dementsprechend unter enormem Druck. Der Bundeshaushalt wird durch krisenbedingte Zuschüsse und staatliche Notfallmaßnahmen schwer belastet und das Ausmaß des finanziellen Schadens der Corona-Pandemie auf die Wirtschaft ist noch lange nicht absehbar. Im Angesicht der bevorstehenden Rezession ist auch der Netzausbau – der schätzungsweise an die (vorerst) 95 Milliarden Euro verschlingen wird – zu überdenken.

In der aktuellen Krise hat sich gezeigt, dass trotz weltweiter wirtschaftlicher Verknüpfungen, nur ein gewisses Maß an Autarkie die nationale Versorgungssicherheit gewährleisten kann. Diese Erkenntnis sollte auch bei der BNetzA zu einem Umdenken in der Stromnetzplanung führen. Dezentrale/regionale Erzeugungs- und Verbrauchskonzepte dürfen nicht weiter behindert werden, während durch das Einleiten falscher Maßnahmen Großkonzerne und Übertragungsnetzbetreiber immer mehr Kontrolle über den Energiemarkt in Deutschland erlangen – und dies auf Kosten der Bürger.

Wir bleiben bei unserer Einschätzung, dass ein überdimensionierter Stromleitungsbau die Energiewende und somit den Klimaschutz gefährdet, während der Ausbau der Speichertechnologien, die konsequente Sektorenkopplung und der Einsatz alternativer Energieformen wie z.B. Wasserstoff für eine klimaneutrale Energieversorgung unabdingbar sind. Wenn nicht schnellstens ein Umdenken bei allen Entscheidungsträgern stattfindet, wird der Klimawandel zur nächsten weltweiten, lebensbedrohlichen Krise werden.

### **Bundesverband der Bürgerinitiativen gegen SuedLink**